

„Polizistinnen und Polizisten brauchen Unterstützung, Solidarität und Rückendeckung“

Der neue Vorsitzende des „Hilfs- und Unterstützungsfonds für im Dienst verletzte Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not“ Andreas Breitner im Interview

Kiel. Ende August wurde Andreas Breitner zum neuen Vorsitzenden des „Hilfs- und Unterstützungsfonds für im Dienst verletzte Polizeibeschäftigte und deren Familien in Not“, kurz „HUPF“, gewählt. Nach Wolfgang Pistol und Klaus Schlie ist der 55-Jährige der dritte Vorsitzende des 2001 auf Initiative der GdP ins Leben gerufenen karitativen Vereins.



Im Interview beantwortet Andreas Breitner Fragen von Thomas Gründemann.

Was bedeutet Ihnen die Wahl zum Vorsitzenden des HUPF?

Andreas Breitner: Sehr viel. Ich war 16 Jahre Polizeibeamter, meine Frau Anke ist bis heute 26 Jahre dabei, und mein Kontakt und meine Verbundenheit zu den Kolleginnen und Kollegen der Landespolizei ist nie abgebrochen. Ich habe kein Ehrenamt gesucht, aber dem Ruf zum HUPF habe ich mich nicht entziehen können und wollen. Das ist eine großartige Aufgabe. Ich mag es, Menschen zu helfen. Dass ich nun über den HUPF wieder da bin, ist für mich ein positiver Nebeneffekt, der mich freut.

Sie waren Polizist, Bürgermeister der Stadt Rendsburg und schleswig-holsteinischer Innenminister. Seit sieben Jahren sind Sie Verbandsdirektor des Verbandes Norddeutscher Wohnungsunternehmen. In welcher Beziehung stehen Sie nach dieser Zeit heute zur Landespolizei?

Andreas Breitner: In einer engen. In der Landespolizei liegen eben meine beruflichen Wurzeln. Im Polizeidienst und als Minister war der Bezug natürlich enger, als Bürgermeister und Verbandsdirektor etwas weiter.

Nun ist der HUPF ein neues Bindeglied. Die Dinge, für die ich mich entscheide, mache ich immer voll und ganz. Deshalb werde ich mich für den HUPF kräftig anstrengen.

Die registrierten Zahlen über Gewalt gegen Polizistinnen und Polizisten bleiben auf hohem Niveau oder steigen sogar. So hat die Zahl der Widerstands- und Gewalthandlungen gegen Polizisten in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr zugenommen. 1234 Taten wurden 2021 registriert, 2020 waren es 1170. So wurden 478 verletzte Beamte gezählt. Was ist aus Ihrer Sicht zu tun?

Andreas Breitner: Das sind krasse Zahlen, die wir so nicht einfach hinnehmen dürfen. Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten stehen beruflich an der gesellschaftlichen Front und müssen mit vielen Konflikten umgehen. Ihre Gefährdung ist berufsbedingt höher. Wir dürfen sie aber nicht verheizen, sondern müssen ihnen quasi im Gegenzug all unsere Unterstützung, Solidarität und Rückendeckung entgegenbringen. Nur so können sie für uns den Kopf hinhalten. Neben technischer Ausstattung, Fort- und Ausbildung sind wir vor allem in unserer Einstellung zur Polizei gefordert. Da ist noch Luft nach oben. Wenn ich dazu einen Beitrag leisten kann, mache ich das voller Überzeugung.

Der HUPF wurde 2001 letztlich als Folge des Mordes an Stefan Grage durch einen Rechtsextremisten ins Leben gerufen. Inwieweit kann der Hilfsfonds den im Dienst verletzte Polizistinnen oder Polizisten überhaupt helfen? Wie sieht die Hilfe konkret aus? Wie reagieren betroffenen Polizistinnen und Polizisten auf die Zuwendungen?

Andreas Breitner: Verletzte Kolleginnen und Kollegen fühlen sich oft zu wenig als Opfer wahrgenommen. Sie sind schnell Teil eines Verwaltungs- oder Ermittlungsvorganges und wünschen mehr Wahrnehmung und Wertschätzung. Da nimmt der HUPF eine wichtige Aufgabe ein. Ja, wir lassen Betroffenen Zuwendungen, zumeist **Kur- und Betreuungsmaßnahmen in attraktiven Gegenden Deutschlands**, zukommen. Dazu gehören auch deren Familien, denn sie sind ebenfalls Leidtragende. Tatsächlich stellen wir aber vor allem die verletzte Kollegin oder den Kollegen in das Zentrum unserer Fürsorge. Das tut ihnen einfach gut, und das haben sie verdient.

Auch im 22. Jahr des Bestehens ist der Bekanntheitsgrad des Hilfsfondses auch in der Landespolizei noch begrenzt, so dass viele Fälle, bei denen Polizistinnen und Polizisten im Dienst Adressaten von körperlicher oder seelischer Gewalt waren, dem HUPF offenbar gar nicht bekannt wurden bzw. nicht gemeldet worden sind. Wie könnte man das ändern?

Andreas Breitner: Natürlich müssen wir mit unseren Hilfsangeboten bekannter werden. Vor allem die Vorgesetzten müssen besser informiert sein. Darin sehe ich auch einen Schwerpunkt meiner Arbeit. In manchen Fällen steht uns aber auch der Datenschutz im Wege. Mit einigem guten Willen werden wir im Interesse der guten Sache auch diese Hürden überwinden. Ich kenne keinen politisch Verantwortlichen, der die Arbeit des HUPF nicht schätzt und unterstützen will. Auch dabei helfen wir gern.

Der Landesvorstand

Fotos: T. Gründemann



Information

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig- Holstein e.V.,
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,
E-Mail: gdp-schleswig-holstein@gdp.de, 27. September 2022 – Nr. 38/2022 (XXXI)



**Gewerkschaft
der Polizei**
Schleswig-Holstein